

durch die Anbieter beziehungsweise die dahinter liegenden staatlichen Gesetze auch bestimmt, wer sichtbar bzw. unsichtbar sein darf und zu welchen Bedingungen, und wer sogar sichtbar sein muss (etwa staatliche Instanzen in der Interaktion mit Privatpersonen).

Derlei strukturierende Vorgaben digitaler Plattformen haben gesellschaftliche, kulturelle wie auch rechtliche Auswirkungen. Welche Herausforderungen sich daraus für Autonomie und Verantwortung ergeben und wie diese Konflikte bearbeitet werden können, zeigen die Autorinnen der Beiträge dieser Sektion am Konfliktfeld zwischen Anonymität und Transparenz und darüber hinaus.

Autorinnenbeiträge

Lea Watzinger nimmt eine philosophische Perspektive ein, aus der heraus sie sich den in Teilen oppositionellen Konzepten von Anonymität und Autorschaft widmet. Sie beleuchtet deren Funktionen in demokratischen Systemen und stellt eingangs die Ambivalenz des Anonymitätsbegriffs fest. Diese leite sich zum einen aus der Notwendigkeit von Anonymität als Schutzraum für Marginalisiertes und/oder Widerständiges her, zum anderem aus den problematischen Auswirkungen von Anonymität auf den demokratischen Diskurs. Insbesondere in der Kommunikation in sozialen Netzwerken stelle sich Anonymität mit ihrem Potential für Enthemmung zunehmend als Problem dar. In diesem Kontext führt Watzinger den Begriff der Autorschaft mit Foucault und Ahrendt in Opposition zu dem der Anonymität ein. Autorschaft impliziere die Urheberschaft einer politischen Handlung und beinhalte eine Zuschreibung und Übernahme von Verantwortung. Vor dem Hintergrund von Arendts „Vita activa“ wendet Watzinger die Dialektik aus Anonymität und Autorschaft weiter auf gegenwärtige digitale Kommunikationssituationen an und diskutiert die Notwendigkeit von Identifizierbarkeit im öffentlichen und digitalen Diskurs. Als Grundbedingung für dessen demokratische Produktivität zieht sie das Konzept der Pluralität nach Ahrendt heran, welches von einer homogenen Gemeinschaft unter Menschen bei gleichzeitiger Heterogenität auf individueller Ebene ausgeht, die in der Kommunikation sichtbar werde. Auf dieser Grundlage wird digitale Anonymität von Watzinger als Störfaktor eines demokratischen Diskurses verstanden, der gegenüber möglichen demokratieförderlichen Potentialen überwiege.

Hans-Christian Gräfe und *Andrea Hamm* befassen sich mit Anonymität aus zwei Blickwinkeln. Zum einen wird herausgestellt, dass für die kommunikationswissenschaftliche Beurteilung von Anonymität eine kontext-

gebundene Betrachtungsweise einzunehmen sei, die von der konkret gegebenen Konstellation ausgehe und differenziert beurteilt werden müsse. Dabei wird einerseits auf die Bedeutung von Anonymität im journalistischen Bereich abgestellt, andererseits werden Problematiken und Effekte anonymer Kommunikation innerhalb sozialer Netzwerke mit Blick auf eine mögliche Verrohung der Kommunikation im Internet herausgearbeitet. Die zweite Perspektive befasst sich mit der rechtswissenschaftlichen Bedeutung des Konzepts, wobei ein Rechtsanspruch auf Anonymität anhand verschiedener gesetzlicher Ebenen untersucht wird. Besonders wird sich dabei auf die entsprechend gelagerten verfassungsrechtlichen Gewährleistungsgelänge konzentriert. Der Beitrag kommt schließlich zu dem Ergebnis, dass Anonymität gerade im Rahmen der Internetnutzung notwendig und schützenswert ist. Der Staat sei dabei durch eine grundrechtlich begründete Schutzpflicht zur Gewährleistung von Anonymität verpflichtet. Gleichzeitig dürfe damit jedoch nicht die gegenseitige Verantwortung der Bürgerinnen untereinander konterkariert werden.

Barbara Büttner und *Carsten Ochs* beleuchten abschließend aus soziologischer Perspektive die allgemeine strukturgebende Funktion von digitalen Plattformen und den Einfluss der dortigen Transparentwerdung von Individuen in Bezug auf Prozesse der Online- und – in der Konsequenz – auch Offline-Vergemeinschaftung. Sie gehen dabei von Anthony Giddens' Annahme aus, dass sich Gemeinschaften in der Postmoderne von modernen, analogen Gemeinschaften dadurch unterscheiden, dass Orte postmoderner Vergemeinschaftung bereits auf die Produktion von Wissen über Gesellschaft hin konstruiert seien. Digitalisierung und Datafizierung verstehen sie dabei als Fortsetzung und Radikalisierung der Reflexivität der Moderne nach Giddens. Anhand der Tracking-App *Runtastic* unterziehen Büttner und Ochs diese Annahme einer empirischen Untersuchung. Die in der Anwendungssoftware zum Zwecke der Datenakkumulation angelegte Struktur der Selbstquantifizierung analysieren sie hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Formen der Sozialität und nach möglichen Konsequenzen für die individuelle Selbstbestimmung über die eigenen Daten-Praktiken. Die Struktur der Plattform, die sowohl auf Selbstoptimierung und -affirmation als auch auf die Produktion von Daten und deren anschließender Verwertung ausgelegt sei, wirke sich dabei auch auf die daran angehängten, realen Vergemeinschaftungsprozesse aus. Die Frage nach sozialen Konsequenzen der datafizierten Moderne beantworten Ochs und Büttner deshalb mit der Beobachtung, dass sich das strukturelle Interesse der Datenökonomie an individuellen wie auch sozialitätsbezogenen Daten soziokulturell in der medialen Förderung von Leistung, Unterscheidbarkeit und sozialer Sichtbarkeit und damit kulturellen Praktiken ausdrücke,